

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Eine Konkurrenz für den IWF

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1975) : Eine Konkurrenz für den IWF, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 2, pp. 60-61

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134777>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eine Konkurrenz für den IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF), mit 126 Mitgliedstaaten das weltumspannende Institut monetärer Zusammenarbeit, bekommt Konkurrenz. Bei den Washingtoner Währungsverhandlungen im Januar präsentierte sich der exklusive Zehner-„Club“ der bedeutenden Industrieländer wenige Monate nach seiner Reaktivierung als das eigentliche Gremium währungspolitischer Willensbildung. Hier ist es, wo Entscheidungen in oft kontroverser Diskussion zwischen den USA, Europa, Japan und Kanada herausgehämmert werden; Entscheidungen, die der Interimsausschuß des IWF, das temporäre Nachfolgeorgan des Zwanzigerausschusses, praktisch nur noch sanktionieren kann. Mehr noch: Mit der Vereinbarung über die Schaffung eines 25-Mrd.-Dollar-Solidaritätsfonds außerhalb des IWF haben sich die Industrieländer unter amerikanischer Führung jetzt ein Instrument geschaffen, das es ihnen bei Bedarf erlaubt, im Rahmen eines „maßgeschneiderten“ Normensystems unabhängig von der Weltorganisation zu agieren. Ob dies von allen Teilnehmerstaaten – die Mitgliedschaft steht allen OECD-Ländern offen – schon heute beabsichtigt ist, mag dahingestellt bleiben; die USA, internationaler Mammutorganisationen zunehmend überdrüssig, haben eine solche Möglichkeit zweifellos in ihr Kalkül einbezogen.

So hat US-Finanzminister Simon schon in seiner „historischen“ Rede am 18. November 1974 deutlich gemacht, daß „Geldaufnahmen bei der (neuen) Institution nicht in einem bestimmten Zusammenhang mit den Ölimporten stehen sollten“. Vielmehr sollte Finanzhilfe unter Berücksichtigung der „gesamtwirtschaftlichen Position eines Kreditnehmers“ gewährt werden. Zwar bestritt Simon seinerzeit – wie nicht anders zu erwarten –, daß die USA mit ihrer Initiative die Schaffung einer Ersatzorganisation für den IWF bezweckten. Zugleich hielt er es aber für „unangebracht . . .“, in den IWF die ganze Vielzahl der politischen Fragen hineinzutragen, die zu berücksichtigen sind, wenn hinsichtlich der finanziellen Unterstützung unter wichtigen Industrieländern Entscheidungen getroffen“ werden müssen. Die Notwendigkeit solidarischen Handelns auf wirtschafts- und währungspolitischem Gebiet folgt nach amerikanischer Auffassung aus dem gemeinsamen, fundamentalen Interesse der Industrieländer an politischer Stabilität. Diese Stabilität ist aber nicht nur durch die Ölverteuerung bedroht: Inflation und Rezession sind ein „Nährboden für sozialen Konflikt und Unruhe“ (US-Außenminister Kissinger). Der in Washington beschlossene Solidaritätsfonds und die Verhaltensnormen, denen sich die Teilnehmer unterwerfen, sind daher mehr als nur eine temporäre Schutzmaßnahme gegen das Ölkartell. Sie sind ein Baustein zur umfassenden langfristigen Kooperation der Industrieländer.

Die „exklusive“ währungspolitische Zusammenarbeit in der Zehnergruppe ist nicht neu. Schon 1962 räumten die Gruppenmitglieder dem IWF eine Kreditlinie von 6 Mrd. Dollar ein, die allein für die Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten dieser Länder bestimmt war. 1966/67 stand der Club kurz davor, sich ein eigenes „Clubgeld“ zu schaffen; erst unter massivem Druck der übrigen IWF-Mitglieder wurde dieser Versuch zugunsten einer weltweiten Lösung – der Sonderziehungsrechte – aufgegeben. Mit einem engmaschigen Netz von Swaplinien leisten sich

die Zehn seit Jahren gegenseitig Beistand bei kurzfristigen Zahlungsbilanzkrisen. Und nach der Kursfreigabe des US-Dollars am 15. August 1971 war es die Zehnergruppe, die den Boden für die Neubewertung („Realignment“) der Währungen im Smithsonian Agreement vorbereitete. Die jüngsten Beschlüsse, die einer dreijährigen Unterbrechung der Gruppenaktivität folgen, unterscheiden sich von früheren Kooperationsmustern in doppelter Hinsicht: Der neue Fonds wird von vornherein dem IWF entzogen, und die monetäre Kooperation wird in einen größeren Rahmen wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit eingebettet.

Was den Fonds selbst betrifft, so beeindruckt zunächst sein Volumen. Mit maximal 25 Mrd. Dollar ist seine Finanzmasse größer als die disponiblen Mittel des IWF, die derzeit bei etwa 10 Mrd. Dollar (ohne Goldbestände) liegen dürften. In der Aufbringung der Mittel sind die Teilnehmerländer weitgehend frei: Direkte Finanzbeiträge aus Budgetmitteln oder aus Zentralbankreserven sind ebenso möglich wie Garantieleistungen für Kreditaufnahmen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich an den internationalen Finanzmärkten. Das Ausmaß, in dem ein Land zur Kasse gebeten wird, hängt – ebenso wie seine individuelle Kreditlinie – von seiner Quote im Beistandssystem ab. Von der Pflicht zur Beitragsleistung kann ein Land nur mit Zweidrittelmehrheit aller übrigen Gläubigerländer befreit werden, wobei die USA (Quote: ca. 25 %) und die Bundesrepublik (ca. 12,5 %) zusammen über eine Sperrminorität verfügen. Es entspricht der (derzeitigen) Konzeption des Fonds als „Sicherheitsnetz“, daß ein Land vor der Inanspruchnahme des Fonds alle anderen Finanzquellen ausgeschöpft haben muß.

Wichtiger als die finanzielle Ausstattung und Ausgestaltung des Fonds erscheint sein Beitrag zur gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie der Industrieländer. Der Fonds ergänzt die schon im November 1974 verabschiedete Notstandsvereinbarung auf dem Ölsektor um eine monetäre Komponente. Die Verhaltensrichtlinien, denen sich die Mitglieder unterwerfen – die Einhaltung ist Voraussetzung für den Anspruch auf Solidarhilfe – sind (noch) nicht im einzelnen konkretisiert. Orientierungsmarken sind die Globalziele der Gruppe: Verhinderung von Handelsbeschränkungen und Abwertungswettläufen; Drosselung des Ölverbrauchs und Entwicklung alternativer Energiequellen; und ein Mindestmaß an wirtschaftspolitischer Harmonisierung. Was die Reduzierung des Ölverbrauchs betrifft, so stagnierte bereits 1974 die Weltnachfrage nach Rohöl. Da einige OPEC-Länder – vor allem Saudi-Arabien (+ 13 %) und Nigeria (+ 10,2 %) – dennoch ihre Förderung gesteigert haben, konnte ein Zusammenbruch des Kartells nur dadurch verhindert werden, daß andere Länder – vor allem Libyen (– 26 %), Kuwait (– 19 %) und Venezuela (– 11 %) – ihren Ölausstoß drastisch kürzten; nicht immer freiwillig übrigens. Kissingers Ziel ist es, durch zusätzliche Anstrengungen der Industriestaaten 1975 täglich 2 Mill. Faß und bis 1977 weitere 2 Mill. Faß einzusparen. Tatsächlich dürften wachsende Widersprüche zwischen den individuellen Absatzerwartungen der Anbieter und den objektiven Marktdaten ein Auseinanderbrechen des Kartells begünstigen. Der Solidaritätsfonds soll nach amerikanischer Vorstellung unmittelbar in den Dienst dieser Strategie gestellt werden.

In der Verknüpfung des monetären Mechanismus mit einer wirtschaftspolitischen, speziell: energiepolitischen, Gesamtstrategie unterscheidet sich der neue OECD/Kissinger-Fonds grundlegend vom IWF, dessen Tätigkeitsfeld sich auf die Währungspolitik beschränkt. In dieser Verknüpfung liegen die Chancen wie die Risiken des neuen Ansatzes. Gelingt es dem amerikanischen Außenminister, seine zögernden Partner (und Landsleute) auf seine Linie einzuschwören und das Häuflein der – mitunter recht konzeptionslosen – europäischen Individualisten auch nach ersten energiepolitischen Teilerfolgen (oder unfreundlichen arabischen Reaktionen) bei der Stange zu halten, dann könnten auch dem Solidaritätsfonds im Rahmen einer neubelebten atlantischen Allianz mehr und mehr Aufgaben zuwachsen. Der IWF, aber auch bestimmte monetäre Schemata in der Europäischen Gemeinschaft, dürften dann erheblich an Bedeutung verlieren. Umgekehrt: Scheitert diese Strategie, oder kommt sie über die bisherigen Ansätze nicht hinaus, dann wird auch der Solidaritätsfonds nur ein weiteres unter zahllosen finanziellen Sicherheitsnetzen sein. Es wäre dann das beste, ihn in den IWF einzugliedern. Auch in diesem Falle wird der Zehnerclub freilich bleiben, was er (wieder) ist: eine monetäre Nebenregierung.